



**DUDEN**

# Deutsche Geschichte

WAS JEDER WISSEN MUSS

Allgemeinbildung kompakt



# 1945

## Zwei Staaten unter Vorbehalt Bonner Republik und Deutsche Demokratische Republik

1945–1990



Noch während der ersten  
Nachkriegskonferenzen  
brach der Kalte Krieg aus  
und brachte die Teilung  
Deutschlands mit sich. Die  
Bundesrepublik Deutsch-  
land wurde in das westliche  
Bündnis eingebunden, die  
Deutsche Demokratische  
Republik in den Ostblock.

# 1990

## Neubeginn und Besatzungszeit

1945 Der Alliierte Kontrollrat übernimmt am 5. 6. die Regierungsgewalt in Deutschland und teilt das Gebiet in **vier Besatzungszonen** auf, für die jeweils die Militärgouverneure verantwortlich sind. Die Hauptstadt des Deutschen Reichs, Berlin, wird in vier Sektoren aufgeteilt und unter die Obhut der Alliierten Kommandantur gestellt, die dem Kontrollrat untersteht.

Mit dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wird am 10. 6. die Bildung von Gewerkschaften und Parteien in ihrer Besatzungszone eingeleitet. Hierzu wurden deutsche Kommunisten und Widerstandskämpfer in Moskau geschult und anschließend nach Ostdeutschland gebracht. In diesem Zuge gründet die »Gruppe Ulbricht« um den späteren Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, am 11. 6. die Kommunistische Partei Deutschlands neu.

Auf eine Anregung des im April 1945 verstorbenen amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt hin werden am 26. 6. feierlich in San Francisco die **Vereinten Nationen (UNO)** gegründet. Diese globale Dachorganisation soll einen weiteren Weltkrieg verhindern und die Zusammenarbeit der Nationen fördern. Die »Charta der Vereinten Nationen« wird von den 50 Gründungsmitgliedern unterzeichnet. Deutschland gehört nicht zu ihnen.

Mit der **Bildung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)** am 9. 7. entstehen dort auch die ersten Länder. Sie dienen lediglich der Verwaltung, da die Sowjetunion eine zentralistische Struktur für ihre Besatzungszone plant.

**MEILENSTEIN**

1945

**Die Teilung Deutschlands beginnt**

17. Juli Mit Franklin D. Roosevelts Tod im Frühjahr 1945 war die »Anti-Hitler-Koalition« des Zweiten Weltkriegs zerbrochen. Auf der Potsdamer Konferenz, der vom 17. 7. bis zum 2. 8. tagenden Nachkriegskonferenz, nahm von den ehemaligen Verbündeten nur noch Stalin teil – Harry S. Truman war Roosevelt im Amt gefolgt und vertrat die USA, Winston Churchill hatte eine empfindliche Wahlniederlage erlitten und wurde am 28. 7. vom neuen britischen Premierminister Clement Attlee, einem Labourpolitiker, abgelöst. Die Verhandlungen der drei großen Mächte gestalteten sich daher fortan schwieriger als zuvor. Einstimmigkeit erzielten die Großmächte über eine Aufteilung des Deutschen Reichs, über die Entnazifizierung und den Umgang mit der Wirtschaft und der Bevölkerung Deutschlands. Jede der vier Besatzungsmächte sollte in der jeweiligen Zone politische Handlungsfreiheit erhalten. Darüber hinaus verständigten sich die Siegermächte über die Reparationszahlungen, den Umgang mit Kriegsverbrechern sowie der Entmilitarisierung Deutschlands. Die Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen festgehalten.

In der amerikanischen Besatzungszone werden zum 19. 9. die Bundesländer Hessen, Württemberg-Baden und Bayern geschaffen. Im Gegensatz zur UdSSR bevorzugen die USA ein föderales System in Deutschland.

Am 20. 11. beginnen die von der Weltöffentlichkeit mit Spannung erwarteten **Nürnberger Prozesse**, die sich inklusive der zwölf Nachfolgeprozesse bis zum 14. 4. 1949 hinziehen. Ein internationales Militärtribunal ahndet die von Deutschen im Namen des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen. Das NS-Führerkorps, Gestapo, SD und SS werden zu verbrecherischen Organisationen erklärt. Von den Hauptkriegsverbrechern werden zwölf zum Tod und sieben zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Nürnberger Prozesse stellen eine Zäsur in der Entwicklung des Völkerrechts dar: Erstmals wurden Angehörige einer Staatsfüh-

rung wegen völkerrechtlicher Verbrechen zur Rechenschaft gezogen.

1946 Mit der Direktive Nr. 24 beginnt am 12. 1. die **Entnazifizierung** in Deutschland. Der Alliierte Kontrollrat entfernt Nationalsozialisten und politische Gegner der neuen Ordnung aus öffentlichen Ämtern und von Führungspositionen aus der Wirtschaft.

Der Vereinigungsparteitag am 21./22. 4. beginnt in Berlin. KPD und SPD schließen sich in der Sowjetischen Besatzungszone zur **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** zusammen. Die Sozialdemokraten in Westberlin sprechen sich gegen einen Zusammenschluss aus, sodass die SED lediglich in der SBZ gegründet wird. Als Reaktion darauf lädt Kurt Schumacher am 9. 5. die Sozialdemokraten der westlichen Besatzungszonen ein und gründet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) neu. In der Zwischenzeit hatte sich auch aus überkonfessionell christlichen und konservativen Strömungen in allen vier Besatzungszonen die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) herausgebildet. 1948 entsteht die Freie Demokratische Partei (FDP) als Plattform des Liberalismus.

Die USA schlagen am 1. 7. vor, die Besatzungszonen zusammenzuführen. Dies scheitert jedoch am Widerstand Frankreichs sowie der Sowjetunion. Daher beschließen die Militärgouverneure Großbritanniens und der USA am 5. 9. die Schaffung einer **Bi-zone**, um die Verwaltung durch die Einrichtung von Zentralstellen zu erleichtern.

In der Britischen Besatzungszone werden die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein (beide am 23. 8.) und Niedersachsen (26. 10.) geschaffen.

1947 Die amerikanischen und britischen Zonen schließen sich am 1. 1. in Westdeutschland zur Bizone zusammen, deren Verwaltungsstruktur in vieler Hinsicht die spätere politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vorwegnimmt. In der sowjetischen Zone prägen sich unterdessen Grundzüge einer sozialistischen



Ordnung aus. Unterdessen verhärten sich im beginnenden Kalten Krieg die Fronten zwischen Ost und West weiter.

Der Staat **Preußen**, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden am 25. 2. durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 aufgelöst. Dieser Tag markiert das Ende der ehemaligen Großmacht Preußen.

Vor dem US-Kongress verkündet Präsident Harry S. Truman am 12. 3. als Leitlinie der künftigen amerikanischen Politik die Eindämmung kommunistischer Bestrebungen, die als **Trumandoktrin** bekannt wird. Die Londoner Konferenz der Außenminister der vier Besatzungsmächte scheitert am 15.12.: Über der Frage nach der Einheit Deutschlands kommt es zum Bruch zwischen den USA und der UdSSR, die eine Beteiligung über die Kontrolle des Ruhrgebiets und Reparationen aus dem Ertrag Gesamtdeutschlands fordern. Sie legen genau wie Frankreich ein Veto zur Errichtung einer gemeinsamen Zentralverwaltung für alle Besatzungszonen ein.

US-Außenminister George C. Marshall kündigt am 5.6. in Harvard ein umfangreiches Hilfsprogramm für Europa an. Dieser »**Marshallplan**«, das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der USA, beinhaltet Kredite, Rohstoff- und Warenlieferungen. Es hat zum Ziel, zunächst die hungernde Bevölkerung Europas zu versorgen, die Ausbreitung der sowjetischen Macht einzudämmen sowie einen Absatzmarkt für amerikanische Produkte zu schaffen. Bis 1952 nehmen 16 Staaten die Hilfe von insgesamt 16,2 Milliarden US-Dollar in Anspruch.

Als Reaktion auf den großen Flüchtlingsstrom europäischer Juden nach **Palästina** verabschieden die Vereinten Nationen am 29. 11. einen Teilungsplan für Palästina. Nach Abzug der britischen Besatzungstruppen proklamiert der israelische Premierminister David Ben Gurion 1948 den Staat Israel.

1948 Die Gegensätze in der deutschen Frage unter den Alliierten spitzen sich zu. Stein des Anstoßes ist die eingeleitete Währungsre-

form im Westen. Am 1. 3. nimmt die Bank deutscher Länder ihre Arbeit auf. Mit der **Währungsreform** von 21. 6. wird die Deutsche Mark in den westlichen Besatzungszonen eingeführt. Die UdSSR führt in der SBZ ab dem 23. 6. eine eigene Währung ein und versucht zugleich ab dem 24.6., durch eine **Blockade Berlins** die Währungsreform in den Westzonen und die Weststaatsgründung zu verhindern. Westberlin wird von den Westalliierten bis zum Ende der Blockade am 12. 5. 1949 über eine Luftbrücke durch die »Rosinenbomber« mit Waren und Lebensmitteln versorgt.

In der Londoner Sechsmächtekonferenz werden die drei **Frankfurter Dokumente** ausgearbeitet, die die Bedingungen für die Gründung eines westdeutschen Staates festlegen, der in das europäische Wiederaufbauprogramm mit einbezogen werden soll. Am 1. 7. übergeben die drei Militärgouverneure der Besatzungszonen die Frankfurter Dokumente den westdeutschen Ministerpräsidenten, die vom 8. 7. bis zum 10. 7. auf der »Rittersturzkonferenz« die Gründung der Bundesrepublik Deutschland beschließen. Schließlich konstituiert sich am 1. 9. der **Parlamentarische Rat** in Bonn aus Mitgliedern der einzelnen Landtage. Er ist mit der Aufgabe betraut, das Grundgesetz der Bundesrepublik zu verfassen.

In Berlin macht sich die deutsche Teilung besonders bemerkbar. Die kommissarische Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder (SPD) entlässt am 26. 8. den Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf (SED). Immer wieder kommt es in der Folge zu Demonstrationen beider Seiten. Der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (SPD), hält auf einer Demonstration am 9. 9. seine berühmt gewordene Rede mit dem Aufruf an die Westmächte, Berlin nicht aufzugeben: »Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!« Er wird zur Symbolfigur des Widerstands gegen die Berlinblockade.



## Gründerjahre in Ost und West

1949 Als sozialistischer Gegenentwurf zum Marshallplan unterzeichnen sechs Vertreter aus den Staaten des Ostblocks am 18. 1. in Moskau das Protokoll zur Gründung des **Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)**.

Auf dem Weg zum Grundgesetz fordern die Westalliierten am 3. 3. Nachbesserungen der föderalen Struktur des neuen Staates.

Die Sowjetunion hebt nach langen Verhandlungen am 12. 5. die Berlinblockade auf. Am 15. 5. stimmen 66,1% in der Sowjetischen Besatzungszone für die Kandidaten der Einheitsliste.

Zeitgleich zur deutschen Teilung entwickeln sich die transnationalen Bündnisse. Am 4. 4 wird die **North Atlantic Treaty Organization (NATO)** gegründet, ein Verteidigungsbündnis aus nordamerikanischen und westeuropäischen Staaten. Ebenso gründen zehn westeuropäische Staaten am 5. 5. den **Europarat**.

### MEILENSTEIN

1949 **Das Grundgesetz tritt in Kraft**

23. Mai Die drei westlichen Besatzungsmächte waren sich uneins. Großbritannien favorisierte einen Zentralstaat aus allen vier Besatzungszonen, die USA bevorzugten einen föderativen Staat aus den westlichen Zonen; Frankreichs Ziel war lediglich ein geschwächtes Deutschland. Auf der Basis der Frankfurter Dokumente und des vom Verfassungskonvent von Herrenchiemsee vorgelegten Entwurfs arbeiteten die 65 Mitglieder des Parlamentarischen Rats, alle gewählt durch die Landtage der westlichen Besatzungszonen, in zähen Verhandlungen untereinander und mit den Westalliierten das Grundgesetz aus; auf der letzten Sitzung des Plenums wurde es mehrheitlich angenommen und verkündet. Das Grundgesetz war ursprünglich nicht als dauerhaft und nur für die westlichen Besatzungszonen gedacht; daher ver-

zichtete man bewusst auf die Bezeichnung »Verfassung«. Mit dem Grundgesetz wurden die Rahmenbedingungen für den westdeutschen Staat getroffen: Demokratie, Republik, Sozialstaat, Rechtsstaat und eine föderale Struktur wurden festgelegt. Darüber hinaus regelte es die Staatsorganisation und gewährte den deutschen Bürgern ihre individuellen Freiheiten. In der Präambel des Grundgesetzes wurde als Zielvorgabe die Wiedervereinigung formuliert.

Auf der Außenministerkonferenz in Paris am 20.6. kommt keine Einigung in der deutschen Frage zustande.

#### MEILENSTEIN

1949

#### Der erste Deutsche Bundestag wird gewählt

14. August Vernachlässigt man die Landtagswahlen in den Bundesländern 1946, so war die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag die erste freie Wahl seit 1932 in Deutschland. Seit der Befreiung vom Nationalsozialismus hatten sich in Westdeutschland mehrere Parteien gebildet und wiedergegründet, unter ihnen die »alte« SPD. Die neu geformte CDU dagegen war eine überkonfessionelle Partei mit konservativem Charakter, die den Parteien ähnlicher politischer Einstellung – etwa dem katholischen Zentrum – bald den Rang ablief. Bei der Bundestagswahl siegte die CDU/CSU bei einer Wahlbeteiligung von 78,5% mit 31% der Stimmen knapp vor der SPD mit 29,2% sowie der FDP mit 11,9%. Im Bundestag bildete sich eine Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und der Deutschen Partei (DP), die den damals 73 Jahre alten ehemaligen Kölner Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Parlamentarischen Rats, Konrad Adenauer (CDU), zum ersten Bundeskanzler wählte – mit dem denkbar knappsten Vorsprung von einer Stimme! Adenauer, der Kanzler des »Wirtschaftswunders«, der sich für eine enge Anbindung an den Westen und eine Aussöhnung mit Frankreich einsetzte, entwickelte sich dennoch rasch zu einer Identifikationsfigur des neuen Staates.



Seit dem 29. 8. ist auch die Sowjetunion im Besitz einer Atombombe. Das Kernwaffenmonopol der USA ist gebrochen.

Am 7. 9. tritt zum ersten Mal der Bundestag zusammen, am 15. 9. wird **Konrad Adenauer** (CDU) zum ersten Bundeskanzler gewählt. Bundeswirtschaftsminister wird **Ludwig Erhard**, der mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik durchsetzt. Als erster Bundespräsident wird am 12. 9. der Politiker und Journalist Theodor Heuss (FDP) von der Bundesversammlung gewählt; sein Gegenkandidat ist Kurt Schumacher (SPD). Als Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik erfolgt am 7. 10. durch die Konstituierung des Zweiten Deutschen Volksrates der Sowjetischen Besatzungszone die **Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)**. Aus dem Zweiten Deutschen Volksrat wird die provisorische Volkskammer gebildet. Hauptstadt wird Ostberlin. In der DDR finden am 11. 10. Wahlen zur provisorischen Länderkammer statt. Zusammen mit der provisorischen Volkskammer wählt sie **Wilhelm Pieck** zum ersten und einzigen Präsidenten der DDR. Erster Ministerpräsident der DDR wird **Otto Grotewohl**.

Die Sowjetunion, die zuvor die Gründung der Bundesrepublik mehrfach als Vertragsbruch unter den Besatzungsmächten verurteilt hat, erkennt am 15. 10. die DDR offiziell an. Beide nehmen diplomatische Beziehungen miteinander auf. In der Folge errichtet die DDR diplomatische Beziehungen mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und China. Der Text »Auferstanden aus Ruinen« von Johannes R. Becher wird mit der Melodie von Hanns Eisler zur Nationalhymne der DDR und am 6. 11. erstmals vorgestellt.

Im Alleingang schließt Bundeskanzler Adenauer am 22. 11. das **Petersberger Abkommen** mit den Alliierten. Die Bundesrepublik verpflichtet sich darin, gegen jede Form von Totalitarismus und Kartellbildung vorzugehen. Die internationale Ruhrbehörde er-

hält die Aufsicht über die deutsche Schwerindustrie. Im Gegenzug erhält die Bundesrepublik das Beitrittsrecht zum Europarat sowie das Recht, diplomatische Beziehungen mit anderen Ländern aufzunehmen, die Demontage der Industrie wird eingestellt und die Unterstützung durch den Marshallplan fortgesetzt.

1950 Im Görlitzer Abkommen mit Polen vom 6. 6. erkennt die DDR-Regierung die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens an.

Der Deutsche Bundestag beschließt am 15. 6. den Beitritt zum Europarat.

**Walter Ulbricht** wird am 25. 7. auf der konstituierenden Sitzung des Zentralkomitees SED-Generalsekretär.

Die Außenminister der drei Besatzungsmächte erklären auf ihrer Konferenz am 19. 9. in New York, dass sie die Bundesregierung in **Bonn**, das der Bundestag 1949 zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik erklärt hatte, als einzige gesetzlich legitimierte Regierung auf deutschem Boden anerkennen. Die DDR tritt am 29. 9. dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe bei.

#### MEILENSTEIN

1950 **Eine »neue« Art Parlament**

15. Oktober Im Herbst 1950 waren die Wahlen zur ersten Volkskammer geplant. Zuvor wurden jedoch alle Parteien sowie mehrere Verbände in der DDR trotz großen Protests zur »Einheitsliste der Nationalen Front« zusammengeschlossen. Am 15. 10. erfolgte dann die Wahl zur ersten Volkskammer – verspätet und nach einem anderen System als geplant. Die von der SED dominierte Einheitsliste erzielte den Angaben zufolge 99,3 % der Stimmen. Diese Wahlen fanden nicht geheim, sondern offen, ohne die Benutzung einer Wahlkabine, statt und waren vielerorts gefälscht. Die Volkskammer war der Auffassung der UdSSR und der SED zufolge kein Parlament im Sinn einer repräsentativen Demokratie, sondern eine neue Art Volksvertretung. Sie sollte die Einheit zwischen politischer Führung und Bevölkerung auf beson-



dere Weise herstellen und Parteienegoismus, den Einfluss von Wirtschaft und Kapital, persönliche Bereicherungen sowie eine blockierende Gewaltenteilung verhindern. Die eigentliche Macht im neuen Staat hatte das neu geschaffene Zentralkomitee (ZK) der SED inne.

- 1951 Der Bundesrepublik Deutschland gelingt es, sich schrittweise von den Besatzungsmächten zu emanzipieren. Bundespräsident Theodor Heuss stellt am 1. 1. die **dritte Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne** vor (»Einigkeit und Recht und Freiheit«). Darüber hinaus nimmt das neue Außenministerium am 15. 3. unter Konrad Adenauer, der nun in Personalunion Bundeskanzler und Außenminister ist, seine Arbeit auf. Daraufhin wird am 16. 3. der Bundesgrenzschutz eingerichtet.

#### MEILENSTEIN

- 1951 **Zusammen in und für Europa**  
18. April Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), häufig auch als Montanunion bezeichnet, steht am Beginn des Europäisierungsprozesses. Der am 18. 4. von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnete EGKS-Vertrag trat am 23. 7. 1952 in Kraft. Angestoßen wurde dieser Prozess auf die Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman. Dem Vorschlag der gemeinsamen Kontrolle der kriegsgrundlegenden Montanindustrie stimmte Bundeskanzler Konrad Adenauer sofort zu. Der Kanzler sah darin eine Chance für den Fortbestand des Ruhrgebiets, das noch unter Kontrolle der Siegermächte stand und in dem die Industrieanlagen demontiert wurden. Schuman beabsichtigte mit der Montanunion, den inneren Frieden der Mitgliedsländer durch gegenseitige Kontrolle zu wahren. Zudem konnte sich Frankreich so Zugang zum Ruhrgebiet, dem an Bodenschätzen reichsten Gebiet der sechs Mitgliedsländer, verschaffen.

Der Europarat beschließt am 1. 5. die Aufnahme der Bundesrepublik, die am 11. 7. auch Mitglied der UNESCO wird.

Nachdem bereits ab dem 9. 9. 1951 erste juristische Entscheidungen getroffen werden, nimmt nun auch das **Bundesverfassungsgericht** am 28. 9. seine Arbeit in Karlsruhe auf. Errichtung, Aufgaben und Besetzung sind durch das Grundgesetz geregelt.

1952 Mit der **Stalinnote** vom 10. 3. bietet die Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung unter der Bedingung der Neutralität eines vereinigten Deutschlands an; dies wird vom Westen jedoch abgelehnt.

Baden-Württemberg wird am 25. 4. – nachdem sich die Bewohner des späteren Bundeslandes am 9. 12. 1951 in einer Volksabstimmung mehrheitlich für den »Südweststaat« ausgesprochen haben – aus Württemberg-Baden aus der amerikanischen sowie Baden und Württemberg-Hohenzollern aus der französischen Besatzungszone gegründet.

Der **Deutschlandvertrag** vom 26. 5. regelt das Ende des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland mit den drei westlichen Besatzungsmächten und gibt der Bundesrepublik die Rechte eines souveränen Staates.

SED-Generalsekretär Walter Ulbricht verkündet auf der 2. Parteikonferenz der SED am 9. 7., dass der Aufbau des Sozialismus nach Vorbild der Sowjetunion planmäßig verläuft. Am 23. 7. löst die Volkskammer die fünf Länder der DDR auf und bildet stattdessen 14 Bezirke.

Politische Repression und wirtschaftliche Missstände bewirken eine massenhafte Auswanderung der auch nach 1947 noch verbliebenen Deutschen aus ihrer Heimat in Mittel- und Osteuropa. Bis 1950 sind etwa 12,5 Millionen Deutsche vertrieben worden, davon etwa 7,9 Millionen nach Westdeutschland und 4,1 Millionen in die SBZ/DDR. Das Gesetz für den **Lastenausgleich** vom 14. 8. sucht einen Ausgleich der Vermögensschäden und -verluste der Vertriebenen und Aussiedler zu schaffen.



Gegen die Stimmen der SPD treibt Bundeskanzler Adenauer die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland weiter voran, die am 14. 8. dem Internationalen Währungsfond beitrifft und am 10. 9. ein **Wiedergutmachungsabkommen mit Israel** schließt, wonach die Bundesrepublik innerhalb der nächsten zwölf Jahre Warenlieferungen von drei Milliarden Dollar nach Israel tätigt.

In beiden deutschen Staaten beginnt zu Weihnachten das Zeitalter des Fernsehens. In der DDR wird ab dem 21. 12. jeweils zwei Stunden täglich gesendet. In der Bundesrepublik beginnt der Nordwestdeutsche Rundfunk ab dem 25. 12. mit regelmäßigen Sendungen.

- 1953 Stalin stirbt am 5. 3. Als sein Nachfolger kann sich **Nikita Chruschtschow** durchsetzen, der innenpolitische Reformen in Angriff nimmt (»Tauwetter«).

#### MEILENSTEIN

#### 1953 Der erste Aufstand im Ostblock

17. Juni Walter Ulbricht hatte auf der 2. Parteikonferenz im Juli des Vorjahres den planmäßigen Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild verkündet. Dies bedeutete, dass Bauern mit mehr als 100 Hektar Grundbesitz enteignet, die gesamte Industrie verstaatlicht und die Planwirtschaft eingeführt wurde. Zudem wurde die Arbeitsnorm um 10,3% erhöht, was am 16. 6. 10 000 Demonstranten in Ostberlin auf die Straße brachte. Als die Regierung unter dem Druck der Massen die Rücknahme der Norm bewilligte, stellten die Demonstranten neue Forderungen wie freie Wahlen in der DDR. Sie riefen zum Generalstreik am folgenden Tag auf. Schon in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages waren Tausende Menschen überall in der DDR auf der Straße. Bis am Abend waren es über drei Millionen Menschen. Sie alle forderten freie und geheime Wahlen. Der sowjetische Militärbefehlshaber, Generalmajor Pawel Dibrowa, übernahm daher die Kontrolle, verhängte den Ausnahmezustand und ließ den Aufstand gewaltsam niederschlagen. Ab 1954 war der 17. 6. Gedenktag, ab 1963 der Nationalfeiertag der Bundesrepublik.

Bei der zweiten Bundestagswahl am 6. 9. wird Konrad Adenauer als Kanzler bestätigt. Die Unionsparteien erhalten 45,2% der Stimmen. Die SPD erreicht mit ihrem Spitzenkandidat, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenhauer, 28,8%.

1954 Mit dem Beitritt Italiens und der Bundesrepublik wird der Brüsseler Pakt, der am 17. 3. 1948 von Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet wurde, zur **Westeuropäischen Union (WEU)** erweitert. Die Pariser Verträge vom 23. 10. heben das Besatzungsregime in der Bundesrepublik Deutschland auf.

#### MEILENSTEIN

1954 **Das »Wunder von Bern«**

4. Juli Als Außenseiter war die Auswahl des DFB unter Leitung von Bundestrainer Sepp Herberger zur 5. Fußballweltmeisterschaft in die Schweiz gefahren. Doch die bundesdeutsche Mannschaft konnte sich bis in das Finale vorkämpfen. Mit mannschaftlicher Geschlossenheit gelang es der Mannschaft, die seit Jahren ungeschlagenen Ungarn im Berner Wankdorfstadion zu besiegen. Noch in der ersten Halbzeit holte die Mannschaft um Spielführer Fritz Walter vom 1. FC Kaiserslautern den 0:2-Rückstand wieder auf. Kurz vor Ende der Partie erzielte der Stürmer Helmut Rahn seinen zweiten Treffer zum 3:2-Endstand. Das Spiel wurde von Radiokommentator Herbert Zimmermann in die deutschen Haushalte gebracht. Vor den wenigen Fernsehgeräten versammelten sich Menschenmassen, um den Triumph der Mannschaft live miterleben. Der Sieg wurde in beiden deutschen Staaten bejubelt. Im Westen gab er der Bevölkerung verlorenes Selbstbewusstsein zurück; in leichter Verklärung wird er daher oft als die »eigentliche Geburt der Bundesrepublik« dargestellt.

Theodor Heuss (FDP) wird in der Wahl zum Bundespräsidenten am 17. 7. mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt.



## Aufbau und Wirtschaftswunder

1955 Die **Pariser Verträge** treten am 5. 5. in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland erhält die volle Staatssouveränität. Die Alliierte Hohe Kommission wird aufgelöst, die Bundesrepublik tritt der NATO bei und gründet nach heftigen Debatten die **Bundeswehr**.

Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien gründen am 14. 5. den **Warschauer Pakt**.

Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges treffen die vier Siegermächte zusammen. Frankreich war bei den Nachkriegskonferenzen nicht vertreten. Auf der **Genfer Gipfelkonferenz** vom 18. 7. bis zum 23. 7. erzielen sie allerdings keinen Durchbruch in der deutschen Frage und in Fragen der Abrüstung.

Am 8. 8. läuft der 1 000 000ste **Volkswagen** vom Band. Der »Käfer«, ein Symbol für den nicht immer konsequent vollzogenen Bruch mit dem nationalsozialistischen Regime (das Volkswagenwerk in Wolfsburg war 1937 gegründet worden) wie für das »Wirtschaftswunder« und die neu gewonnene Reisefreiheit der Westdeutschen, ist das meistverkaufte Auto der Welt.

Vom 9. 9. bis zum 13. 9. besucht Bundeskanzler Adenauer Moskau. Beide Seiten beschließen, diplomatische Beziehungen zueinander aufzunehmen. Adenauer erreicht zudem, dass die **letzten Kriegsgefangenen** des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurückkehren dürfen.

1956 Die Volkskammer beschließt am 18. 1. die Schaffung einer **Nationalen Volksarmee**.

Die Olympischen Winterspiele im italienischen Cortina d'Ampezzo vom 26. 1. bis zum 5. 2. werden als erste Winterspiele im Fernsehen übertragen. Die Nationalen Olympischen Komitees der beiden deutschen Staaten hatten sich auf eine **gesamt-**

**deutsche Olympiamannschaft** verständigt. Auch bei der Sommerolympiade im australischen Melbourne vom 22. 11. bis zum 8. 12. tritt eine gesamtdeutsche Mannschaft an. In beiden Fällen fungiert eine schwarz-rot-goldene Flagge mit den fünf Olympiaringen als Fahne und Beethovens »Freude schöner Götterfunken« als Hymne.

#### MEILENSTEIN

1957

#### Neu im Bund

1. Januar Frankreich versuchte, eine Abspaltung des Saarlands von Deutschland zu erzwingen, und gliederte es im Februar 1946 aus seiner Besatzungszone aus. Doch in den darauffolgenden Jahren behinderte der Status des Saarlands die deutsch-französische Versöhnung. Daher einigten sich beide Seiten am 24. 10. 1954 darauf, dass das Saarland bis zu einem endgültigen Friedensvertrag unter die Verwaltung der Westeuropäischen Union gestellt werden sollte. Die Politik sah hierfür eine Volksabstimmung vor, in der die Saarländer das Saarstatut mit der Mehrheit von 67,7 % der Stimmen am 23. 10. 1955 ablehnten. Das eindeutige Ergebnis wurde als Wunsch des Saarlands zum Anschluss an die Bundesrepublik gewertet. Daher wurde am 27. 10. 1956 in Luxemburg der Saarvertrag geschlossen, der den Beitritt des Saarlands nach Artikel 23 des Grundgesetzes regelte. Allerdings bestand bis zum 6. 7. 1959 eine wirtschaftliche Teilabhängigkeit zu Frankreich. Erst danach wurde auch im Saarland die D-Mark eingeführt.

Die DDR bemüht sich um Ausgleich mit dem Westen. Daher schlägt Walter Ulbricht am 30. 1. eine Konföderation beider deutschen Staaten mit paritätisch besetztem Rat vor.

#### MEILENSTEIN

1957

#### Richtungsweisendes aus Rom

25. März Bereits zuvor hatte es mehrere Kooperationen verschiedener europäischer Länder gegeben. Doch allgemein gilt die



Unterzeichnung der »Römischen Verträge« durch Vertreter Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlanden als die Geburt Europas bzw. des europäischen Einigungsprozesses. Mit dem Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem Vertrag zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) legten die Unterzeichner das Fundament für den Europäisierungsprozess. Der EWG-Vertrag umfasste einen Europäischen Sozialfond; Darlehen von einer Europäischen Investitionsbank sollten strukturschwache Gebiete fördern. Der Europäische Entwicklungsfonds wurde für die Unterstützung ehemaliger Kolonien in Afrika, im Pazifikraum oder in der Karibik eingerichtet. Der Beitritt der Bundesrepublik zur EURATOM war unumgänglich, da die USA dies zur Bedingung für eine Zusammenarbeit in der Atomforschung machte.

Die **Deutsche Bundesbank** mit Sitz in Frankfurt am Main folgt ab dem 26. 5. der Bank deutscher Länder nach.

Im September findet die Wahl zum dritten Bundestag statt. Abermals gelingt es Adenauer, die Regierungsmehrheit zu behaupten. Er ist auf dem Höhepunkt seiner Macht und erreicht mit 50,2 % die absolute Mehrheit vor der SPD mit 31,8 %.

Die Bundesrepublik Deutschland bricht am 19. 10. ihre diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab, weil der Balkanstaat seinerseits diplomatische Beziehungen zur DDR aufnimmt. Dies ist der erste von zwei Fällen, in dem die Bundesrepublik aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs die **Hallsteindoktrin** anwendet.

1958 Vom 1. 10. bis zum 2. 3. 1960 ist der amerikanische Rock-'n'-Roll-Star Elvis Presley im hessischen Friedberg stationiert und löst eine Welle der Begeisterung in Deutschland aus.

Im Herbst kommt es zur **Berlinkrise**. Walter Ulbricht erklärt am 27. 10. ganz Berlin dem Hoheitsgebiet der DDR zugehörig. Zudem unterstreicht Chruschtschow am 10. 11. die Haltung des Ostblocks und fordert vom Westen die Aufgabe der drei Berliner Sektoren. Die Stadt solle als Freie Stadt Berlin unabhängig sein.

Die UdSSR kündigt den Viermächtestatus Berlins am 27. 11. auf und stellt dem Westen ein Ultimatum von sechs Monaten zum Truppenabzug aus Westberlin.

Die Außenminister der drei Westmächte geben am 14. 12. ihre Entschlossenheit kund, Berlin zu halten. Zwei Tage später folgt die entsprechende Erklärung der NATO und am 18. 12. die der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU).

1959 Am 5. 1. lehnt die Bundesrepublik die Vorschläge der DDR und der UdSSR kategorisch ab. Sie geht keine Konföderation mit der DDR ein, lehnt auch die Pläne zur Freien Stadt Berlin ab und erkennt auch die DDR nicht als souveränen Staat an.

In Genf kommen vom 11. 5. bis zum 5. 8. die Außenminister der Besatzungsmächte sowie Vertreter der Bundesrepublik und der DDR zur **Deutschlandkonferenz** zusammen. Auch sie können die Berlinkrise wie auch das Treffen zwischen Chruschtschow und Eisenhower am 25. 9. in Camp David nicht beenden. Schließlich lässt die UdSSR das verlängerte Ultimatum auslaufen, da sie keine Chance auf die Verwirklichung ihrer Berlinpläne sieht.

Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) lehnt eine Änderung des Grundgesetzes ab, durch die er eine dritte Amtszeit als Bundespräsident hätte begehren können. Sein Nachfolger wird am 1. 7. der bisherige Ernährungsminister Heinrich Lübke (CDU) mit 49,8 % der Stimmen.

## Aufbruch in den »wilden Sechzigerjahren«

1960 In der Bundesrepublik tritt am 1. 1. das **Atomgesetz** zur friedlichen Gewinnung von Atomenergie in Kraft.

Ab dem 9. 9. dürfen Bürger der Bundesrepublik nicht ohne besondere Genehmigung nach Ostberlin reisen. Zusätzlich erhalten



die Einwohner der DDR künftig kein Visum für Aufenthalte außerhalb des Gebietes des Warschauer Paktes.

Nach dem Tod des ersten und einzigen Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, wird dieses Amt abgeschafft. Der Staatsrat gilt nun als kollektives Staatsoberhaupt, dem ab dem 12. 9. Walter Ulbricht vorsteht.

- 1961 Bei der Wahl zum vierten Bundestag am 17. 9. verliert die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit, kann aber 45,3% der Stimmen für sich holen. Die SPD erreicht unter Kanzlerkandidat Willy Brandt 36,2% der Stimmen und kann sich im Vergleich zur letzten Bundestagswahl verbessern. Konrad Adenauer wird am 7. 11. erneut zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine Regierung aus CDU/CSU und FDP.

#### MEILENSTEIN

#### 1961 Der deutschen Teilung folgt die Teilung Berlins

13. August Sie war das Symbol des Ost-West-Konflikts und der Teilung Deutschlands: die Berliner Mauer. Da nach Kriegsende immer mehr Einwohner der DDR nach Westberlin flüchteten, begann die DDR-Führung mit dem Ausbau ihrer Grenze zu Westberlin. Neben den Schlagbäumen errichteten sie Zäune und Wachposten. Doch weiterhin gelang vielen Einwohnern der DDR die Flucht – bis zum Mauerbau waren es insgesamt 3,5 Millionen. Bereits ab 1952 existierten in der DDR geheime Pläne, die 45,1 km lange innerstädtische Grenze zu schließen. Aufgrund der mangelnden Zustimmung der Sowjetunion und der Verkehrslage in Berlin wurde dies aber nicht umgesetzt. Am 15. 6. sprach Ulbricht als Erster öffentlich von einer Mauer. In der Nacht vom 12. 8. auf den 13. 8. riegelten 15000 Polizisten und Soldaten die Grenze zu Westberlin und die Stationen der öffentlichen Verkehrsmittel ab. In den nächsten Tagen wurde weitere Zäune – und schließlich die Berliner Mauer – errichtet.

- 1962 Vom 14. 10. bis zum 28. 10. kommt es zur **Kubakrise** zwischen den USA und der UdSSR, die sich am Bau von Abschussbasen für so-

wjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entzündet hat. Die Situation scheint zu eskalieren, als sowjetische Schiffe in der amerikanischen Hemisphäre auftauchen. Die Bewohner beider deutscher Staaten fürchten einen Atomkrieg. Doch durch die Besonnenheit von Kennedy und Chruschtschow kann die Krise diplomatisch gelöst werden.

Ein Artikel im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« vom 10. 10. löst in der Bundesrepublik Deutschland die »**Spiegelaffäre**« aus, in deren Verlauf es zu einer Vertrauenskrise zwischen Regierung und (letztlich gestärkter) Öffentlichkeit kommt. Das Magazin schreibt, dass die Bundesrepublik im Fall eines Angriffs »nicht verteidigungsfähig« sei. Teile der Bundesregierung sind über den Artikel empört. In der Folge werden die Redaktionsräume des Spiegels für mehrere Wochen besetzt und Haftbefehle gegen einige Journalisten erlassen. Die Affäre weitet sich zu einer Regierungskrise aus, bei der es um Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Staatssicherheit geht. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) hatte den Justizminister bei der Durchsuchungsaktion übergangen, weshalb die fünf FDP-Minister am 19. 11. zurücktreten. Erst als Strauß am 30. 11. selbst zurücktritt, beruhigt sich die Lage. Bundeskanzler Adenauer bildet danach am 14. 12. sein letztes Kabinett und holt Teile der FDP-Minister zurück.

1963 Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle unterzeichnen am 22. 1. den **Élyséevertrag** und bekräftigen damit die deutsch-französische Aussöhnung.

Vom 15. 1. bis zum 21. 1. findet der 6. Parteitag der SED statt. Der Parteitag legt die Aufgaben der staatlichen Planungskommission und des Volkswirtschaftsrats endgültig fest. Der Staatsrat der DDR bestätigt am 15. 6. die neuen Richtlinien für die Einführung des »Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung«.

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) geht am 1. 4. auf Sendung. Am 5. 4. strahlt die ARD den ersten »Bericht aus Bonn« aus; in der ersten Sendung verkündet Adenauer, dass er im Herbst sein



Amt niederlegen wird. Im Sommer besucht US-Präsident Kennedy Deutschland und spricht am 26. 6. an der Berliner Mauer die solidarischen Worte »**Ich bin ein Berliner**«.

**Machtwechsel in Bonn:** Bundeskanzler Adenauer tritt am 15. 10. in der Mitte der Legislaturperiode zurück. Sein Nachfolger wird der »Vater des Wirtschaftswunders«, Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, dessen Wahl Adenauer im Vorfeld zu verhindern sucht.

Bei dem Grubenunglück von Lengede am 24. 10. kommen 29 Bergleute ums Leben. Untertage überleben 11 weitere Bergleute und können nach zwei Wochen gerettet werden.

1964 Die Sowjetunion garantiert in einem **Freundschafts- und Beistandsabkommen** vom 12. 6. ausdrücklich die Unantastbarkeit der Grenzen der DDR.

Heinrich Lübke (CDU) wird in der Bundesrepublik am 1. 7. als Bundespräsident mit 68,1 % der Stimmen bestätigt.

Ab dem 9. 9. erlaubt die DDR-Führung Rentnern Verwandtenbesuche in Westberlin und in der Bundesrepublik. Der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl (SED), stirbt am 21. 9. in Ostberlin. Zudem kommt es zum Machtwechsel im Moskauer Kreml. Leonid Breschnew wird am 14. 10. Parteichef der KPdSU.

1965 Bundeskanzler Ludwig Erhard führt die CDU/CSU in die Wahlen zum fünften Deutschen Bundestag. Als Gegenkandidat tritt abermals Willy Brandt (SPD) an. Beide Volksparteien können leicht zulegen. Die CDU/CSU erhält 47,6% und die SPD 39,3%. Die Regierung aus CDU/CSU und FDP wird fortgesetzt.

#### MEILENSTEIN

1966 **Beatlemania und Jugendkultur in Deutschland**

26. Juni Die Beatles waren Anfang der Sechzigerjahre in Hamburg berühmt geworden. Zusammen mit Elvis Presley waren sie die einflussreichsten Popkünstler und beeindruckten die deut-

sche Jugend in Ost und West nachhaltig. Elvis Presley sorgte mit laszivem Hüftschwung für die Verbreitung des Rock 'n' Roll und der amerikanischen Lebensweise in den 1950er- und 1960er-Jahren unter den deutschen Jugendlichen. Wenige Jahre später leiteten die Beatles eine neue Qualität der Jugendbewegung ein. 1966 gingen sie ein letztes Mal auf Welttournee und gaben sechs Konzerte an drei Tagen in Deutschland. Am 26. 6. spielten sie vor einem begeisterten Publikum ein letztes Mal in Hamburg. »Liebe« und »Friede« waren nun die Schlagworte der Jugend geworden, die sich gegen die Elterngeneration auflehnten. Sie trugen Jeans und ließen ihre Haare lang wachsen. In der DDR waren die Schallplatten der Weltstars ebenso begehrt wie im Westen und zumindest auf dem Schwarzmarkt erhältlich.

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zerbricht am 27. 10. an den unterschiedlichen Ansichten zur Verbesserung des Haushaltsdefizits. Die CDU beschließt einen neuen Kanzlerkandidaten zu wählen, der die Krise meistern soll. Am 10. 11. setzt sich hierbei der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger (CDU), durch. Die SPD überlegt die Bildung einer sozialliberalen Koalition mit der FDP, entschließt sich aber am 26. 11. zur Bildung einer **Großen Koalition** mit der CDU/CSU, die ab dem 1. 12. unter dem neuen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ihre Arbeit aufnimmt. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

Ludwig Erhard tritt am 30. 11. vom Amt des Bundeskanzlers zurück. Insgesamt ist Erhards Kanzlerschaft eher glücklos. Erhards historische Leistung ist die konsequente Umsetzung der sozialen Marktwirtschaft in den 1950er-Jahren, als die Bundesrepublik zweitstärkste Wirtschaftsmacht hinter den USA wurde.

1967 Die Volkskammer verabschiedet am 20. 2. das Gesetz über die »Staatsbürgerschaft der DDR« und führt eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft ein.



Während des **Besuchs des persischen Schahs** Resa Pahlevi vom 27. 5. bis zum 4. 6. brechen in Berlin und in zahlreichen anderen Städten Unruhen aus.

#### MEILENSTEIN

1967

#### Auftakt zum Protest

**2. Juni** Ende der 1960er-Jahre hatte sich aus der Jugendkultur eine vielschichtige politische Bewegung herausgebildet, die als 68er-Bewegung bekannt wurde und die Verhältnisse in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik kritisierte und bekämpfte. In Deutschland solidarisierte sich die Bewegung mit dem internationalen Protest gegen den Vietnamkrieg sowie gegen Atomwaffen und demonstrierte zudem für die Gleichberechtigung von Minderheiten sowie für sexuelle Freiheit. Der Protest richtete sich auch gegen die Elterngeneration, der die junge Generation vorwarf, sie habe sich am Nationalsozialismus beteiligt und die Jahre der Diktatur nie wirklich aufgearbeitet. Am 2. 6. löste der Besuch des Schahs von Persien eine neue Qualität an Protest aus: Bei Demonstrationen in Westberlin kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen wurde. Diese Tat sowie das Vorgehen der Berliner Polizei radikalisierten einen Teil der Bewegung; als »Gründungsmythos« der außerparlamentarischen Opposition verstärkte sie die allgemeine Protestwelle sowie den Zusammenhalt der 68er.

1968

In der DDR wird am 12. 1. ein neues Strafgesetzbuch beschlossen, das die Strafen für politische Delikte verschärft.

Am 18. 1. beginnt der Conterganprozess gegen die Stollberger Firma Grünenthal in der Bundesrepublik. Zuvor war Contergan als Mittel gegen Schwangerschaftsübelkeit verabreicht worden, was zu Fehlbildungen bei Ungeborenen führte.

Die Protestbewegung setzt sich fort. Eine Gruppe um Andreas Baader verübt am 3. 4. einen Brandanschlag auf ein Kaufhaus in Frankfurt am Main und wird danach zu einer Haftstrafe verur-

teilt. Der Studentenführer **Rudi Dutschke** wird am 11. 4. auf offener Straße in Westberlin bei einem Attentat lebensgefährlich verwundet. Der Bundestag verabschiedet die Notstandsgesetze am 30. 5., die am 28. 6. in Kraft treten. In der Folge verschärft sich die Situation unter den Protestierenden. In den westdeutschen Universitätsstädten bildet sich die **Außerparlamentarische Opposition (APO)**, die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) getragen wird. Sie beabsichtigen die fehlende Opposition innerhalb des Parlaments auszugleichen. Ihr Protest richtet sich vor allem gegen die gesellschaftliche Verdrängung der Verblichen des Nationalsozialismus durch die Elterngeneration.

1969 Bundesjustizminister **Gustav Heinemann** (SPD) wird am 5. 3. mit den Stimmen von SPD und FDP zum dritten Bundespräsidenten gewählt.

Als Demonstration des Fortschritts und Antwort auf den Sputnikschock betritt der Amerikaner Neil Armstrong am 21. 7. als erster Mensch den Mond. Die **Mondlandung** zieht auch die Menschen in Deutschland in ihren Bann.

Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. 9. scheint es zunächst so, als könne die CDU mit Bundeskanzler Kiesinger die absolute Mehrheit erreichen. Im Lauf des Wahlabends wird aber deutlich, dass die 46,1 % der von der CDU gewonnenen Stimmen nicht für die Regierungsbildung ausreichen werden. Die SPD, für die Willy Brandt zum dritten Mal als Spitzenkandidat angetreten ist, hatte dagegen zulegen können und 42,7 % der Stimmen erzielt, die FDP 5,8 %. Noch in der Nacht vereinbaren Brandt und FDP-Vorsitzender Walter Scheel die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Am 21. 10. wird Willy Brandt zum Bundeskanzler einer **sozial-liberalen Koalition** aus SPD und FDP gewählt.



## Annäherung von Ost und West

- 1970 Bundeskanzler Brandts neue **Ostpolitik** trägt dazu bei, dass der »eiserne Vorhang«, der die Blöcke in Europa voneinander trennt, durchlässiger zu werden beginnt. Brandt, der von 1957 bis 1966 als Regierender Bürgermeister von Westberlin an einer Nahtstelle des Ost-West-Konflikts agierte, trifft am 19. 3. in Erfurt und am 21. 5. in Kassel den Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph (SED). Außerdem schließt Brandt am 12. 8. den **Moskauer Vertrag** und am 7. 12. den **Warschauer Vertrag** zur Normalisierung der Beziehungen. Sein Kniefall vor dem Ehrenmahl des jüdischen Warschauer Gettos bei seinem Staatsbesuch in Polen (7. 12.) wird weltweit als außergewöhnliche Bitte um Aussöhnung verstanden.

### MEILENSTEIN

- 1971 **Honecker löst Ulbricht ab**  
3. Mai Ein Machtwechsel in der DDR hatte sich bereits ab 1970 angedeutet, als Leonid Breschnew und Erich Honecker in Moskau vereinbarten, dass Walter Ulbricht abgelöst werden sollte. Auf Initiative von Honecker richtete das Politbüro am 21. 1. ein geheimes Schreiben an Breschnew, in dem es bestätigte, dass Ulbricht »zu alt« für seine Aufgaben sei. Breschnew legte daraufhin in einem persönlichen Gespräch Ulbricht dar, dass er zurückzutreten habe. Auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED bat Walter Ulbricht gezwungenermaßen, ihn aus Altersgründen von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK zu entbinden. Zu seinem Nachfolger wurde ebenfalls auf Druck Breschnews der 58-jährige Erich Honecker gewählt. Er war damit Erster Sekretär (ab 1976 Generalsekretär) des Zentralkomitees der SED. Honecker übernahm auch Ulbrichts Platz als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats und wurde 1976 als Nachfolger von Willi Stoph von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrates gewählt.

Die Befreiung von Andreas Baader aus seinem Gefängnis am 14. 5. gilt als Geburtsstunde der »**Roten Armee Fraktion**« (RAF), die in der Folge mehrere Attentate und Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik verübt.

Am 3. 9. wird das Viermächteabkommen unterzeichnet und damit die Bindung von Westberlin zur Bundesrepublik bestätigt.

Die Bundesrepublik und die DDR unterschreiben am 17. 12. das Transitabkommen, das den Verkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durch das Gebiet der DDR regelt.

1972 Das **konstruktive Misstrauensvotum** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Rainer Barzel (CDU) gegen Willy Brandt scheitert am 27. 4.

Andreas Baader und mehrere Mitglieder der RAF werden am 1. 6. nach einem Schusswechsel verhaftet. In der Folge werden auch Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof festgenommen.

Bei den Olympischen Sommerspielen in München dringen am 5. 9. arabische Terroristen in das olympische Dorf ein und töten zwei israelische Sportler. Sie nehmen fünf weitere Geiseln, die nach langen Verhandlungen freikommen.

Die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. 11. ist die erste vorgezogene Wahl – nötig wird sie aufgrund von inneren Spannungen in der sozial-liberalen Koalition. Die SPD wird mit 45,8% erstmals stärkste Partei und bildet weiterhin mit der FDP (8,4%) die Regierungskoalition unter Bundeskanzler Brandt. Die CDU erreicht mit ihrem Spitzenkandidat Rainer Barzel 44,9%.

#### MEILENSTEIN

1972 **Staatsouveränität, aber keine Volkssouveränität**

21. Dezember Unter Bundeskanzler Willy Brandt änderte sich die innerdeutsche Politik von der Hallsteindoktrin hin zum »Wandel durch Annäherung«. Im Zuge der Öffnung nach Osten unterschreiben beide deutsche Staaten am 21. 12. den Grundlagen-



vertrag. Die Verhandlungen waren schwierig, da die DDR eine völkerrechtliche Anerkennung ihres Staates forderte, die Bundesrepublik die DDR aber nur staatsrechtlich anerkennen wollte. Beide Staaten sollten nicht füreinander »Ausland« werden. Im Grundlagenvertrag bestätigen beide Seiten u. a. die innerdeutsche Grenze, das Alleinvertretungsrecht jedes deutschen Staates. Sie erkennen zudem die Grundsätze der Vereinten Nationen an und beschließen den Austausch von Ständigen Vertretern sowie in den Bereichen von Wirtschaft, Kultur und Sport. Der Vertrag brachte eine relative Normalisierung des Verhältnisses beider deutscher Staaten mit sich und schuf die Voraussetzung für die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen.

1973 Die Weltfestspiele der Jugend, die zum zweiten Mal nach 1951 in der DDR stattfinden, werden am 28. 7. in Ostberlin eröffnet. Über 25 000 Teilnehmer aus 140 Ländern nehmen teil.

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR werden am 18. 9. **Mitglieder der Vereinten Nationen.**

Die OPEC hebt am 16. 10. den Ölpreis um 70% an, woraufhin die Bundesrepublik auf die eintretende **Ölkrise** mit einer ungewöhnlichen Maßnahme reagiert: Vom 25. 11. angefangen gibt es vier autofreie Sonntage.

#### MEILENSTEIN

1974 **Den Bundeskanzler ausspioniert**

25. April Als Flüchtling getarnt, war der »Offizier im besonderen Einsatz« Günter Guillaume 1956 in die Bundesrepublik eingereist. Schnell gelang ihm eine parteipolitische Karriere innerhalb der SPD, während der er 1972 in den engsten Beraterkreis von Bundeskanzler Willy Brandt aufstieg. Im Februar 1973 entschlüsselte der Bundesnachrichtendienst mehrere Meldungen, in denen Guillaume als Spion auftauchte, Brandt und wenige Vertraute wurden informiert. Guillaume blieb in Brandts Stab bis zu seiner Verhaftung am 25. 4. 1974, er wurde zu acht Jahren Frei-

heitsstrafe verurteilt. Brandt, der außenpolitisch in harten Auseinandersetzungen mit der Opposition eine neue Deutschland- und Ostpolitik durchgesetzt hatte und dafür 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, dessen innenpolitisches Reformprogramm (»mehr Demokratie wagen«) unter dem Eindruck einer sich verschlechternden weltwirtschaftlichen Konjunktur jedoch an Grenzen stieß, trat vom Amt des Bundeskanzlers zurück. Helmut Schmidt wurde am 16. 5. zum Nachfolger gewählt.

Walter Scheel (FDP) wird am 15. 5 mit den Stimmen von FDP und SPD gegen Richard von Weizäcker (CDU) zum vierten Bundespräsidenten gewählt.

Bei der Fußballweltmeisterschaft in der Bundesrepublik kommt es am 22. 6. zum ersten und einzigen Aufeinandertreffen der Auswahlmannschaften beider deutscher Staaten. Durch ein Tor von Jürgen Sparwasser gewinnt die Auswahl der DDR. Wenige Tage später gewinnt die Mannschaft des DFB den Titel mit einem 2:1 gegen die Niederlande.

Die USA nehmen am 4. 9. diplomatische Beziehungen zur DDR auf, deren internationale Anerkennung dadurch erreicht ist.

1975 Am 21. 5. beginnt der **Stammheimer Prozess** gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe. Er dauert bis zum 28. 4. 1977 an. Die vier Mitglieder der RAF werden zu lebenslanger Haft verurteilt.

1976 Am 3. 10. wird der 8. Deutsche Bundestag gewählt. Für die Unionsparteien trat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl (CDU) an, der 48,6% der Stimmen erreichen konnte. Dennoch gelingt es Amtsinhaber Helmut Schmidt, die Koalition aus SPD (42,6%) und FDP (7,9%) fortzuführen.

**Erich Honecker** wird am 29. 10. Vorsitzender des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik.



### MEILENSTEIN

- 1977 **Terrorismus im »Deutschen Herbst«**  
 18. Oktober Zu Beginn der 1970er-Jahre war es in der Bundesrepublik wiederholt zu Anschlägen gekommen, bis man die erste Generation der »Roten Armee Fraktion« hatte inhaftieren können. Eine zweite Generation der RAF überzog 1977 die Bundesrepublik mit Terror und versuchte, die Inhaftierten freizupressen. Sie erschossen Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. 4. auf offener Straße und töteten bei einem Entführungsversuch den Bankier Jürgen Ponto. Höhepunkt der Gewaltwelle war die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer am 5. 9. Da die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt sich aber nicht zu Verhandlungen bereit zeigte, erhöhte die mit der RAF verbundene Palästinensische Befreiungsfront den Druck auf die Bundesregierung und entführte am 13. 10. die Lufthansasmaschine »Landshut«. In der Nacht vom 17. 10. auf den 18. 10. stürmte die GSG 9 im ostafrikanischen Mogadischu das Flugzeug und befreite alle Geiseln. Daraufhin töteten sich die Inhaftierten Baader, Ensslin und Raspe in ihren Zellen selbst. Als Reaktion wurde am gleichen Tag Schleyer von seinen Entführern erschossen.
- 1978 Als erster Deutscher fliegt Siegmund Jähn ins All und löst Begeisterungsströme in der DDR aus.
- 1979 Bundestagspräsident Karl Carstens (CDU) wird am 23. 5. zum fünften Bundespräsidenten gewählt. Seit dieser Wahl findet die Wahl zum Bundespräsidenten immer am 23.5., dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, statt.  
 Die **erste Direktwahl zum Europäischen Parlament** findet vom 7. 6. bis zum 10. 6. statt.
- 1980 Die DDR wird am 1. 1. für zwei Jahre Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.  
 In Karlsruhe gründen am 13. 1. Umweltaktivisten und linke Gruppen die Bundespartei »Die Grünen«.

Als Zeichen des Protests gegen den Einmarsch der UdSSR in Afghanistan im Vorjahr boykottieren 65 westliche Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, die Olympischen Spiele in Moskau, die vom 19. 7. bis zum 3. 8. dauern.

Die Wahlen zum 9. Deutschen Bundestag am 5. 10. führen zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die SPD erreicht 42,9% der Stimmen, die CDU/CSU unter Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß 44,5%.

1981 Vom 11. 10. bis zum 13. 10. treffen Bundeskanzler Schmidt und Erich Honecker zu innerdeutschen Gesprächen zusammen.

## Stagnation und Wandel

1982 Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, dessen Amtszeit von den Herausforderungen wirtschaftlicher und innenpolitischer Krisen geprägt ist, dessen zupackende, hohen moralischen Grundsätzen verpflichtete Amtsführung ihm im In- und Ausland aber großes Ansehen einbringt, ist mit wachsenden Spannungen mit dem Koalitionspartner FDP konfrontiert – am 3. 2. stellt Schmidt im Bundestag die **Vertrauensfrage** und erhält die Zustimmung –, aber auch mit Widerstand in der SPD, der sich besonders gegen den von Schmidt mitformulierten NATO-Doppelbeschluss richtet.

Der NATO-Gipfel findet am 10. 6. zum ersten Mal in der Bundesrepublik statt. Zeitgleich kommt es zur größten Kundgebung der **Friedensbewegung** in der Bundesrepublik.

### MEILENSTEIN

1982 **Die »geistig moralische Wende«**  
1. Oktober Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1976 war Helmut Kohl Oppositionsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag geworden und pflegte gute Kontakte zum FDP-Vorsitzen-



den Hans-Dietrich Genscher. Als es am 17. 9. über ein Strategiepapier zum Arbeitsmarkt von Otto Graf Lambsdorff (FDP) zum Bruch der sozial-liberalen Regierung kam, nahm Kohl Koalitionsverhandlungen mit der FDP auf, die schließlich am 1. 10. zu einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt führten. Helmut Kohl gewann diese Abstimmung im Bundestag und damit das erste erfolgreiche Misstrauensvotum der Bundesrepublik. Innerhalb der SPD wurde das Verhalten der FDP als »Verrat« bezeichnet, auch die FDP selbst war über diesen Regierungswechsel zerstritten. Viele FDP-Politiker traten aus der Partei aus. Noch am selben Tag wurde Kohl als Bundeskanzler vereidigt. In Absprache mit der FDP beabsichtigte Kohl im nächsten Jahr Neuwahlen und stellte daher im Bundestag die Vertrauensfrage, die er – trotz der Mehrheit, die seine Regierungskoalition im Bundestag besaß – vereinbarungsgemäß verlor.

- 1983 Die Wahl zum 10. Bundestag am 6. 3 bestätigt die schwarz-gelbe Koalition unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Die CDU/CSU erreicht 48,8 % der Stimmen, die SPD erhält unter Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel nur 38,2 %, die FDP erzielt 7,0 % und die Grünen sind erstmalig mit 5,6 % im Bundestag vertreten. Das Magazin »Der Stern« gibt am 25. 4. den Fund der **Hitlertagebücher** bekannt, die sich aber bald als Fälschung erweisen.
- 1984 Das Nationale Olympische Komitee der DDR beteiligt sich am Boykott der meisten Ostblockstaaten der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles (11. 5.). **Richard von Weizäcker** (CDU), vormaliger Regierender Bürgermeister von Westberlin, wird am 23. 5. zum sechsten Bundespräsidenten gewählt. Besonders mit seiner Rede vor dem Bundestag zum 40. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands (8. 5. 1985) versteht er es, sein von ethischen Maßstäben geprägtes Verständnis von politischer Kultur zu vermitteln.

## MEILENSTEIN

- 1984 **Privatfernsehen auf Empfang**  
1. Januar Helmut Schmidts Regierung hatte sich noch gegen die Einführung des Privatfernsehens gewehrt. Als nun die CDU ab 1982 wieder die Regierung stellte, schlug die Geburtsstunde des Kabelfernsehens. Vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl förderte diesen Prozess und ließ durch seinen Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) die Republik »verkabeln«. Am 1. 1. 1984 läutete die PKS (Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk) das neue Zeitalter ein. Sie ging im Ludwigshafener Kabelfernsehprojekt, das etwa von 1200 Haushalten empfangen wurde, auf Sendung. Einen Tag später folgte der Luxemburger Privatsender »RTL plus«, der von 200000 Hausantennen empfangen werden konnte. Ein Jahr später sendete RTL über Satellit. Im gleichen Jahr benannte sich die PKS in »Sat.1« um.
- 1985 **Michail Gorbatschow** wird am 11. 3. Generalsekretär der KPdSU; die Spannungen zwischen den Blöcken vermindern sich infolge seiner Reformpolitik. In der Folge trifft sich Gorbatschow mehrfach mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu Abrüstungsgesprächen. Gorbatschow stellt seine künftige Politik unter die Schlagworte »Glasnost« (Transparenz der Staatsführung) und »Perestroika« (Umgestaltung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems).
- 1986 Im Kernkraftwerk **Tschernobyl** kommt es am 26. 4. zum bislang folgenschwersten Reaktorunfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dieser Vorfall sorgt auch in Deutschland für Besorgnis und für wachsende Akzeptanz für die Ökologiebewegung.
- 1987 Bei den Wahlen zum 11. Deutschen Bundestag am 25. 1. werden die Koalition der Unionsparteien mit der FDP sowie Helmut Kohl als Bundeskanzler bestätigt. CDU/CSU kommen auf 44,3 % der Stimmen, die SPD unter Herausforderer Johannes Rau auf 37,0 %.



Erich Honecker besucht am 7.9. als erster DDR-Staatschef die Bundesrepublik Deutschland.

»Der Spiegel« meldet am 12.9., einen Tag vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, dass Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) seinen Herausforderer Björn Engholm (SPD) bespitzeln lassen hat. Die »**Barschelaffäre**« endet mit dem unter ungeklärten Umständen erfolgten Tod des Politikers am 11.10. in Genf.

## Aufbruch zur Wiedervereinigung

1989 In den osteuropäischen Ländern und der Deutschen Demokratischen Republik kommt es zu starken Protestbewegungen und Reformen. Ungarn öffnet am 2.5. die Grenze des Eisernen Vorhangs zu Österreich und leitet eine **Massenflucht in den Westen** ein. Zeitgleich flüchten Hunderte DDR-Bürger in die bundesdeutschen Botschaften in Prag, Warschau und Budapest, um in den Westen auszureisen. Insgesamt flüchten während dieser Protestphase 225 000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Michail Gorbatschow lehnt es in einer Ansprache vor dem Europarat in Straßburg ab, sowjetische Soldaten zur Herstellung des inneren Friedens in der DDR einzusetzen. Das SED-Regime verliert somit seinen Rückhalt.

Anlässlich des 28. Jahrestages des Mauerbaus am 13.8. stellt die SED klar, dass die DDR keiner Reformen bedarf. Ab dem 4.9. kommt es zu den **Leipziger Montagsdemonstrationen**. Nach dem Friedensgebet in der Nicolaikirche ziehen Tausende jeden Montag durch die Straßen und fordern Reise-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Bis Oktober sind es montäglich nahezu 10 000 Demonstranten, die auch die Wiedervereinigung fordern. Als erste von mehreren Bürgerbewegungen gründet sich das »Neue Forum« am 11.9.

Bei den **Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR** vom 5. 10. bis zum 7. 10. empfiehlt Gorbatschow der DDR-Führung politische Reformen. Während der Feierlichkeiten kommt es zu den größten Massendemonstrationen seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953. Auch in den nächsten Wochen demonstrieren in allen ostdeutschen Städten mehrere Tausend Menschen. Unter dem politischen Druck tritt schließlich Erich Honecker am 18. 10. zurück. Sein Nachfolger als SED-Generalsekretär wird Egon Krenz. Die Regierung unter Willi Stoph tritt am 7. 11. zurück.

#### MEILENSTEIN

1989

#### Die Mauer ist gefallen

**9. November** Die Demonstration vom 4. 11. auf dem Berliner Alexanderplatz, an der eine Million Menschen teilnahm, erhöhte den Druck auf die DDR-Regierung. Sie zeigte sich danach gewillt, zumindest Privatreisen ins Ausland zu erlauben, um so die aufgeheizte Stimmung in der DDR zu beruhigen. Der SED-Funktionär Günter Schabowski las am 9. 11. während einer Pressekonferenz eine Verlautbarung des Politbüros vor, demzufolge die Erlaubnis zur Ausreise ohne Vorlage von bestimmten Gründen direkt an den Grenzposten erteilt werden würde. Viele konnten diese Nachricht kaum glauben, die sich wie ein Feuer durch die DDR und Ostberlin verbreitete. Alle eilten zu den überforderten Grenzpolizisten, die schließlich nachgaben und die Grenzen zum Westen öffneten. In der Nacht kam es überall in Berlin und in grenznahen Städten zu Freudenzenen. Kanzler Helmut Kohl brach seine Auslandsreise in Warschau ab und nahm am 10. 11. an einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus teil.

Hans Modrow wird am 13. 11. von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt.

Nachdem Gorbatschow am 15. 11. die Wiedervereinigung Deutschlands als eine interne Angelegenheit der Deutschen bezeichnet, setzt sich Bundeskanzler Kohl mit seinem »**10-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas**«



am 28. 11. an die Spitze der Bewegung. Er bietet der DDR wirtschaftliche Unterstützung unter der Bedingung freier Wahlen und der Einführung eines Rechtsstaats an. Zudem schlägt er konföderative Strukturen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor. Das erste Zusammentreffen eines Rundes Tisches findet am 7. 12. aus Vertretern der Bürgerbewegung und der Politik statt. Gregor Gysi wird am 9. 12. Vorsitzender der SED.

1990 Am 4. 2. gibt sich die SED den Namen »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS). Die langjährigen Forderungen nach **freien Wahlen in der DDR** werden mit der Volkskammerwahl vom 18. 3. erfüllt. Die Wahl wird von der »Allianz für Deutschland«, einem Bündnis aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch, mit 48,1 % der Stimmen gewonnen; die SPD erreicht nur 21,9 %, der Bund Freier Demokraten 5,3 % und das Bündnis 90, das aus den Bürgerbewegungen besteht, erhält 2,9 %.

Lothar de Maizière (CDU) gelingt es nach zähen Verhandlungen, eine Große Koalition aus der Allianz, der SPD und dem Bund Freier Demokraten zu bilden. Daraufhin wird er von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Einheit nimmt Gestalt an, als die »**Zwei-plus-vier-Konferenz**« der Außenminister am 5. 5. in Bonn tagt und über die außenpolitische Rolle eines vereinten Deutschlands spricht.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen ab dem 1. 7. eine **Wirtschafts- und Währungsunion** ein. Die D-Mark löst die Mark der DDR ab. Am gleichen Abend spricht Bundeskanzler Kohl in Hinblick auf die Wiedervereinigung von »blühenden Landschaften« in den neuen Bundesländern. Am 15./16. 7. erhält er während eines Staatsbesuchs in der UdSSR von Gorbatschow die Garantie der vollständigen Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands sowie die Zustimmung zur NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands.

In dieser Phase wehen überall euphorisch deutsche Flaggen. Dies ist auch bei der Fußballweltmeisterschaft in Italien zu beobachten, bei der die Auswahl des DFB am 8. 7. zum dritten Mal Fußballweltmeister wird.

Die Volkskammer stimmt am 23. 8. für den Beitritt zur Bundesrepublik. In der Folge schließen die DDR und die Bundesrepublik den **Einigungsvertrag** in Ostberlin. Der Zwei-plus-vier-Vertrag über die »abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« vom 12. 9. regelt die Wiedervereinigung und Westbindung Deutschlands, das auf den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet. Die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt wird am 25. 9. beendet. In Berlin endet mit der Verabschiedung der alliierten Stadtkommandanten der drei Sektoren die Besatzungszeit.

Die Deutsche Demokratische Republik tritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. 10. der Bundesrepublik Deutschland bei; damit endet auch die Ära der »Bonner Republik«.

#### MEILENSTEIN

1990

#### Der Tag der Einheit ist gekommen

**3. Oktober** Ab den 1970er-Jahren fanden sich viele Bürger der Bundesrepublik mit der Teilung Deutschlands und Berlins als politische Realität ab. An eine baldige Wiedervereinigung war nicht zu denken. Umso erfreuter zeigte sich der Westen über die friedliche und mutige Revolution in Ostdeutschland im Herbst 1989, die das politische System der DDR stürzte und die Wende schließlich herbeibrachte. Mit einem feierlichen Akt vor dem Reichstag und einer großen Feier am Brandenburger Tor wurde in der Nacht vom 2. 10. auf den 3. 10. die Wiedervereinigung vollzogen. In vielerlei Hinsicht ging damit ein historischer Prozess zu Ende, der im frühen 19. Jh. seinen Anfang genommen hatte. Die damals gestellte Forderung nach Einheit, Freiheit und Demokratie wurde mit der Wiedervereinigung nun endgültig für das gesamte deutsche Volk erfüllt. Seither ist der 3. 10. der Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland.

# seit

## Überwundene Teilung Berliner Republik

seit 1990



Mit der »Wiedervereinigung« ging ein Demokratisierungsprozess zu Ende, der seine Ursprünge im 19. Jh. hatte. Berlin wurde zugleich Hauptstadt und Regierungssitz Deutschlands, das nun eine führende Rolle im Europäisierungsprozess einnahm.

# 1990

## Das wiedervereinigte Deutschland

- 1990 Nach der »**Wiedervereinigung**« am 3. 10. tritt am 14. 10. das von der Volkskammer der DDR am 22. 7. beschlossene »Ländereinführungsgesetz« in Kraft. Dadurch bilden sich die neuen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.
- Die UdSSR und Deutschland unterzeichnen am 9. 11. den »Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit«. Zudem setzt der Deutsch-Polnische Grenzvertrag ab dem 14. 11. die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen fest.
- Bei der **ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl** am 2. 12. wird die von CDU/CSU und FDP gebildete Regierungskoalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl bestätigt. Am 20. 12. kommt der erste gesamtdeutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung im Berliner Reichstag zusammen.
- 1991 Der Bundestag bestätigt am 17. 1. **Helmut Kohl** als Bundeskanzler. Seine Regierung bemüht sich in der Folge mit wechselhaftem Erfolg um den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer. Kohls historische Leistung liegt darin, dass es ihm gelang, die vier Besatzungsmächte von einem Deutschland als verlässlichem und friedlichem Partner im von Kohl selbst maßgeblich geförderten Prozess der europäischen Integration zu überzeugen. Aufgrund seiner von Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) unterstützten Diplomatie in der Wendephase 1989/1990 geht Kohl als »Kanzler der Einheit« in die deutsche Geschichte ein.
- Am 20. 6. bestimmt der Bundestag Berlin im **Hauptstadtbeschluss** zum Regierungssitz.
- 1992 Mit dem **Vertrag von Maastricht** gründen die zwölf EG-Mitglieder die EU und schaffen einen gemeinsamen Binnenmarkt, der am 1. 11. in Kraft tritt.



- 1994 Am 26. 4. verabschiedet der Bundestag das **Berlin/Bonn-Gesetz**, das den Umzug von Parlament und Teilen der Regierung nach Berlin regelt.  
 Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog (CDU), wird am 23. 5. zum siebten Bundespräsidenten gewählt.  
 Die letzten sowjetischen Truppen verlassen am 31. 8. Deutschland; damit endet die nach dem Zweiten Weltkrieg begonnene Besatzung.  
 In der Bundestagswahl vom 16. 10. wird abermals die Koalition aus CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl bestätigt; die SPD erhält unter Kanzlerkandidat Rudolf Scharping nur 36,4% der Stimmen.
- 1997 Am 26. 4. hält Bundespräsident Herzog eine »Berliner Rede«, in der er fordert, dass »ein Ruck durch Deutschland« gehen müsse. Er prangert damit den Verlust wirtschaftlicher Dynamik und die Erstarrung der Gesellschaft an.

## Berlin wird Regierungssitz

- 1998 Im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erklären am 1. 5. elf Staaten, darunter Deutschland, dass sie die Kriterien für die Teilnahme erfüllt haben. Sie gründen am 1. 6. die **Europäische Zentralbank (EZB)** in Frankfurt am Main.

### MEILENSTEIN

- 1998 **Rot-Grün in Berlin**  
 27. September Der Wahlausgang zum 14. Deutschen Bundestag brachte mehrere Neuheiten. Hatten sich zuvor Regierungswechsel nur dadurch vollzogen, dass die Koalitionspartner wechselten, aber immer zumindest eine der Koalitionsparteien in der

Regierung verblieb, wurde nun – nach 16 Jahren der Regierung aus CDU/CSU und FDP – zum ersten Mal eine Bundesregierung abgewählt. Die SPD erhielt mit 40,9% erstmals nach 26 Jahren wieder die meisten Stimmen und wurde stärkste Partei im Bundestag. Gemeinsam mit dem Bündnis 90/Die Grünen bildete sie die erste Bundesregierung, die sich aus Parteien des linken Spektrums zusammensetzt. Der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, wurde am 27. 10. zum siebten Bundeskanzler gewählt, Vizekanzler und Außenminister wurde Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen). Als wichtigstes Ziel seiner Kanzlerschaft nannte Schröder die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Zudem leitete er erste Schritte zur Privatisierung des Systems der sozialen Sicherung ein (»Riester-Rente«).

- 1999 Vom 24. 3. bis zum 10. 6. kämpfen deutsche Soldaten im Rahmen des NATO-Einsatzes gegen die Bundesrepublik Jugoslawien für die Freiheit des Kosovo.
- Der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), wird am 23. 5. zum achten Bundespräsidenten gewählt. Die SPD stellt zudem mit Wolfgang Thierse den Bundestagspräsidenten und mit Jutta Limbach die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.
- Nach dem **Umzug des Parlaments** nehmen Regierung und Bundestag am 1. 9. ihre Arbeit in Berlin auf.
- Am 10. 12. erhält Günter Grass, der in Deutschland auch als kritische Stimme der politischen Entwicklung des Landes auftritt, den Nobelpreis für Literatur.
- 2000 Nachträglich wird bekannt, dass es in Helmut Kohls Zeit als Parteivorsitzender der CDU zu rechtswidrigen Parteispenden gekommen ist.
- 2001 Die islamistische Terrororganisation al-Qaida verübt am 11. 9. **Anschläge auf das World Trade Center** in New York und das Pentagon in Washington, D. C.

**MEILENSTEIN**

2002

**Neues Geld für Europa**

1. Januar Am 1. 1. 1999 wurde der Euro bereits als Buchgeld eingeführt, drei Jahre später – am 1. 1. 2002 – löste er offiziell die Landeswährungen von 18 europäischen Staaten ab. Bereits in den 1970er-Jahren hatte es Pläne für eine gemeinsame europäische Währung gegeben, doch erst am 1. 7. 1990 kam es zur ersten Stufe der Europäischen Währungsunion. 1994 folgte mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), des Vorgängers der Europäischen Zentralbank (EZB), die zweite Stufe. Am 16. 12. 1995 legte der Europäische Rat den Namen für die neue Währung fest: Nachdem mehrere Vorschläge die Runde gemacht hatten, unter ihnen »ECU«, schlug die deutsche Delegation um Finanzminister Theo Waigel den Namen »Euro« vor, mit dem sich nach langen Debatten alle Teilnehmer einverstanden erklärten. Der Abschied von der D-Mark, dem Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 1945, fiel jedoch vielen Deutschen schwer; zudem war die Einführung des neuen Geldes mit Befürchtungen horrender Teuerungsraten verbunden.

Mit der »**Agenda 2010**«, die Bundeskanzler **Gerhard Schröder** am 14. 3. verkündet, sucht die rot-grüne Regierung das deutsche Sozialsystem und den Arbeitsmarkt zu reformieren. Insbesondere die »Hartz I–IV«-Gesetze führen zu teilweise auch innerparteilich heftiger Kritik.

Die USA beginnen am 20. 3. den Irakkrieg. Weite Teile der deutschen Bevölkerung sprechen sich gegen diesen Krieg aus. Zuvor hatte die Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich die Kriegspolitik der USA und Großbritanniens kritisiert.

Bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. 9. kann die rot-grüne Bundesregierung nur mit knappem Vorsprung ihre Mehrheit sichern: Bundeskanzler Schröders unnachgiebige Ablehnung der Irakpolitik der USA und die »Jahrhundertflut« an der Elbe drehen die schon verloren geglaubte Wahl.

2004 Horst Köhler (CDU), zuletzt geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds, wird am 23. 5. zum neunten Bundespräsidenten gewählt.

2005 Nach dem Tod von Johannes Paul II. am 2. 4. wird der deutsche Kardinal Josef Ratzinger als Benedikt XVI. zum Papst gewählt. Bundeskanzler Schröder gerät nach mehreren Wahlniederlagen der SPD auf Landesebene zunehmend unter Druck. Am 1. 7. stellt er im Bundestag die **Vertrauensfrage** und verliert nach der Abstimmung die Regierungsmehrheit. Bundespräsident Köhler löst am 21. 7. den 15. Deutschen Bundestag auf.

## MEILENSTEIN

2005 **Die erste Frau im Bundeskanzleramt**

18. September Nachdem die beiden großen Volksparteien, CDU und SPD, in der Wahl zum 16. Bundestag herbe Verluste bei der Stimmabgabe hatten erleiden müssen, einigten sie sich am 10. 10. auf die Bildung einer Großen Koalition, der zweiten in der Geschichte der Bundesrepublik nach der von Kurt-Georg Kiesinger geführten Großen Koalition (1966–1969). Am 22. 11. wurde Angela Merkel (CDU) vom neuen Bundestag zur ersten Bundeskanzlerin überhaupt gewählt. Bei ihrer Wahl war sie mit 51 Jahren die jüngste Amtsinhaberin; zudem war Merkel, die unter Helmut Kohl langjährige Bundesministerin gewesen war, sich in der CDU-Parteispendenaffäre als CDU-Generalsekretärin jedoch gegen ihren ehemaligen Mentor positioniert hatte, die erste Person in diesem Amt, die ihre Sozialisation in den neuen Bundesländern erfahren hatte. Als Physikerin war Merkel zudem auch die erste Naturwissenschaftlerin in diesem Amt.

2009 Auf die **Banken- und Finanzkrise**, die sich zur tiefsten Wirtschaftskrise seit 1945 auswächst, reagieren die Regierungen weltweit, auch in Deutschland, mit umfassenden »Rettungspaketen« zur Stabilisierung des Finanzsektors und zur Ankurbelung der Konjunktur.

Antike und frühes Mittelalter, S. 7 ff.

»Torhalle« des Klosters Lorsch (Hessen), errichtet um 875  
*mgo/in-effigie.de*

Hohes und spätes Mittelalter, S. 23 ff.

Dom in Speyer, 1061 geweiht  
*Farb- und Schwarzweiß-Fotografie E. Böhm, Mainz*

Konfessionelles Zeitalter, S. 63 ff.

Rathaus in Augsburg, errichtet 1615–1620  
*Photo Digital, München*

Ancien Régime, S. 99 ff.

»Zwinger« in Dresden, errichtet 1711–1728  
*MEV Verlag, Augsburg*

Restauration und Revolution, S. 135 ff.

»Paulskirche« in Frankfurt am Main, 1829–1833 vollendet (nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg [1944] bis 1948 wiederaufgebaut)  
*Bibliographisches Institut AG, Mannheim*

Kaiserreich, S. 171 ff.

Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. am »Deutschen Eck« in Koblenz, 1893–1897  
*Kessler-Medien, Saarbrücken*

Weimarer Republik, S. 201 ff.

Bauhausgebäude in Dessau, errichtet 1925/1926  
*CvU/in-effigie.de*

Nationalsozialismus, S. 223 ff.

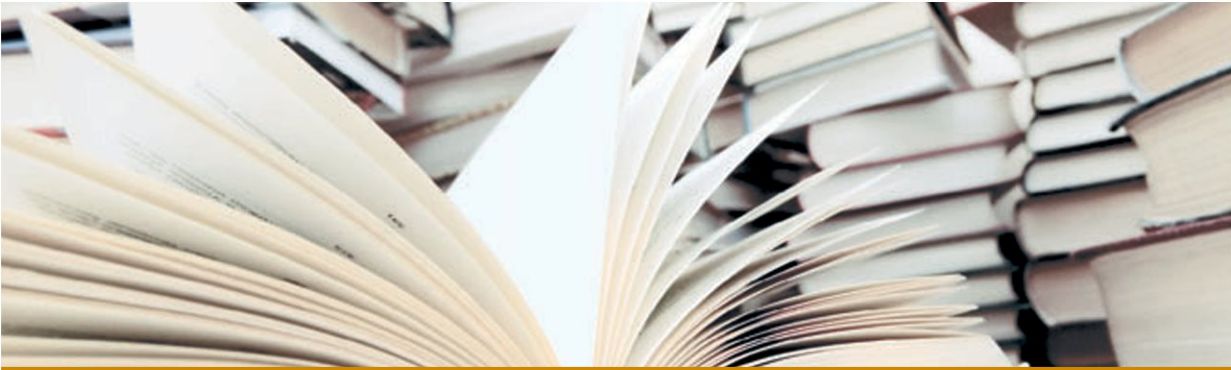
Haupttribüne auf dem »Zeppelinfeld« in Nürnberg, dem Aufmarschgelände der nationalsozialistischen Reichsparteitage, errichtet 1937  
*CvU/in-effigie.de*

Bonner Republik und Deutsche Demokratische Republik, S. 245 ff.

»Berliner Mauer« am Brandenburger Tor, errichtet 1961  
*Presse- und Informationsamt des Landes Berlin / Landesbildstelle, Berlin*

Berliner Republik, S. 281 ff.

Bundeskanzleramt in Berlin, errichtet 1997–2001  
*Bibliographisches Institut AG, Mannheim*



**DUDEN**

# Deutsche Geschichte

WAS JEDER WISSEN MUSS

## Allgemeinbildung überprüfen und vertiefen

- übersichtliche Gliederung: 10 Epochen der deutschen Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart
- verständliche Texte: über 1 000 Einträge zu wichtigen Ereignissen, Begriffen und Personen in chronologischer Abfolge
- einprägsame Informationen: 150 Kästen mit Meilensteinen aus Geschichte, Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft, die herausragende Begebenheiten der deutschen Geschichte lebendig werden lassen

## Kompetentes Wissen griffbereit

ISBN 978-3-411-74011-6  
9,95 € (D) • 10,30 € (A)

